



Totalschaden

Die Schlacht um Ost-Aleppo haben deutsche Politiker und Journalisten verloren, obwohl sie doch aus allen Rohren gefeuert hatten. **Von Jörg Kronauer**

Der Kampf um Ost-Aleppo ist vorbei. Am 22. Dezember 2016 verließen die letzten aufständischen Milizionäre und die letzten ihrer zivilen Anhänger mit Evakuierungsbussen die Stadt. Die syrischen Streitkräfte rückten in den weitgehend zerstörten Stadtteil ein und teilten mit, sie hätten nun ganz Aleppo wieder unter Kontrolle. Zahlreiche Einwohner West-Aleppos feierten den Waffenstillstand ausgelassen; Europa und Nordamerika beklagten die Niederlage ihrer »Rebellen«. Ein quälendes, vielleicht aber entscheidendes Kapitel des Syrien-Kriegs war nach fünfjährigen Gefechten beendet.

Der Kampf um Ost-Aleppo ist in Deutschland von einer Propagandakampagne sondergleichen begleitet worden. Fast noch zurückhaltend äußerte sich die Bundeskanzlerin, die nach mehr als 15 Jahren Krieg in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen und diversen anderen Ländern plötzlich entdeckte, dass unter massiven Bombardements und brutalen Häuserkämpfen Zivilisten zu leiden haben. »Die Situation ist desaströs«, klagte Merkel am 13. Dezember mit Blick auf Ost-Aleppo: »Sie bricht einem das Herz, das muss man wirklich sagen.« Deutlicher war im Oktober Katrin Göring-Eckardt geworden, die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag; sie hatte gefordert, die Bundesregierung müsse »ein Ver-

fahren zur Verhängung neuer Sanktionen gegen Russland für sein barbarisches Vorgehen in Syrien einleiten«. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, hatte im gleichen Monat zu Ost-Aleppo erklärt: »Eine Folgen- und Sanktionslosigkeit schwerster Kriegsverbrechen wäre ein Skandal.«

Hemmungslos haben auch die Medien ihr Publikum propagandistisch zgedröhnt. »Was in Aleppo passiert, ist ein Genozid«, titelte Springers »Bild« bereits Mitte Juli. Im September behauptete Michael Wolffsohn, einst Dozent an der Bundeswehr-Universität in München, »Putin« und »Assad« begingen in Ost-Aleppo »ethnische Säuberungen«. »Das Regime strebt eine ethnische Säube-

rung an«, zitierte »Bild« im November den Leiter der oppositionellen syrischen »Weißhelme«, und der »Spiegel« urteilte im Dezember angesichts der Evakuierung aufständischer Milizionäre und ihrer zivilen Anhänger in von Aufständischen kontrolliertes Gebiet, in Aleppo finde »nichts anderes als eine ethnische Säuberung« statt: die »Vertreibung« der Sunniten.

Abgesehen davon, dass Sunniten sich nicht ethnisch, sondern religiös definieren: West-Aleppo ist genauso sunnitisch dominiert wie Syrien insgesamt und, nebenbei, auch die syrische Armee. De facto vertrieben wurden andere. Von den 250.000 Christen etwa, die vor dem Krieg in Aleppo gelebt hatten, hätten mehr als 200.000 vor den salafistisch-jihadistischen Milizen fliehen müssen, die im Westen als »Rebellen« verharmlost würden, konstatierte der New Yorker Publizist Daniel Greenfield im Dezember. Aus demselben Grund habe die letzte jüdische Familie Ende 2015 Aleppo den Rücken gekehrt.

Ethnische Säuberung? Genozid? Es gab kein Halten mehr: Schon Anfang August trieb »Bild« die Eskalation in eine Richtung weiter, in der die Deutschen sich auskennen, und entdeckte in Syrien einen »Vernichtungskrieg«. Springers Flaggschiff klärte sorgfältig über »den Vernichtungskrieg des Diktators Assad und seiner Verbündeten« auf. Neu war die Idee freilich nicht: »Die Assad-Diktatur führt einen regelrechten Vernichtungsfeldzug gegen die eigene Bevölkerung«, hatte schon im Juli das vom Auswärtigen Amt geförderte Internetportal »Qantara.de«, ein Projekt der regierungsfinanzierten Deutschen Welle, behauptet. »Es ist unmenschlich, über den Vernichtungskrieg in Aleppo zu schweigen«, warnte im Dezember der »Tagesspiegel«. Anlass war eine Kundgebung vor der russischen Botschaft in Berlin, zu der unter anderem Daniel Cohn-Bendit, Ralf Fücks, Bernard-Henri Lévy und der Majdan-Aktivist Mustafa Nayem aufgerufen hatten. In ihrem Appell war allerdings nicht von »Assads«, sondern von »Putins Vernichtungskrieg gegen Aleppo« die Rede. Wer isst denn nun? Egal: Hauptsache, Vernichtung – ein Schuldiger findet sich schon.

War's das? Ach was. Wo ein »Vernichtungskrieg« ist, muss auch der »Zivilisationsbruch« her, der bislang mit der Shoah verbunden wurde. Diesbezüglich muss die Geschichte nun umgeschrieben werden, denn des »Zivilisationsbruchs« hat sich jetzt auch – Putin? Assad? – jedenfalls die syrische Regierung schuldig gemacht. »In Aleppo steht ein monströser Zivilisationsbruch bevor«, titelte Ende November die »Süddeutsche Zeitung«, und zwar ein »Zivilisationsbruch«,

der – Auschwitz? Nein: »Vukovar verblissen lässt«. Die Idee kam gut an. »Wir erleben einen totalen Zivilisationsbruch«, plapperte zwei Tage später der CDU-Abgeordnete Thorsten Frei in einer aktuellen Stunde des Bundestages nach. Einen »Zivilisationsbruch wie Guernica, Srebrenica, Ruanda« diagnostizierte nur wenig später der »Tagesspiegel«. Auch die »Westdeutsche Zeitung« wagte sich im Dezember an den Vorwurf, die EU sei nicht »bereit, dem Zivilisationsbruch« in Aleppo »militärisch entgegenzutreten«. Wenig später legte Loay Mudhoon, der Leiter des Portals »Qantara.de«, nach: »Was in Aleppo geschah, ist ein klarer Zivilisationsbruch.«

Und schließlich, so besinnungslos wie kalkuliert: »Für mich ist Aleppo schlimmer als Auschwitz«, bekannte Anfang August Henryk M. Broder in der »Welt«. »Auschwitz ist Geschichte«, dozierte er, »Auschwitz kann und wird sich nicht wiederholen. Aleppo aber ist Gegenwart. Keiner wird sagen können, das Schlachtfeld habe unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. Niemand soll sich später darauf berufen, er habe nichts mitbekommen, oder es sei unmöglich gewesen, das Geschehen mit militärischen Mitteln zu stoppen.« »Bild« fand das gut. »Auschwitz brachte mein Herz zum Nachdenken über das Heute!«, berichtete wenige Tage später aufgeregt der Springer-Reporter Daniel Böcking, frisch vom ersten Besuch in der dortigen Gedenkstätte zurück: »Keine fundierte Analyse im Kopf« – hätte auch niemand vermutet –, »kein Pro und Kontra, kein »Wenn« und »Aber«. Nur ein lautes: »Nie wieder!« Und dann passierte es: Böcking »dachte an Aleppo«. »Bislang hielt ich das alles für sehr kompliziert«, räsionierte der Mann – »dabei ist eine Lehre aus Auschwitz ganz einfach: Nie wieder dürfen wir unbeteiligt zuschauen, wenn ein Diktator massenmordet.« »Nie wieder Auschwitz« – so hatte schon der damalige deutsche Außenminister Joseph Fischer (Grüne) 1999 die deutsche Beteiligung am Überfall auf Jugoslawien legitimiert.

Wie aber sah es denn nun aus, das »Auschwitz« in Ost-Aleppo? Unabhängig von all der polit-medialen »Herz«-/»Völkermord«-/»Zivilisationsbruch«-Kampagne ist klar: Für die Menschen in den umkämpften Stadtteilen Aleppos ist die syrisch-russisch-iranische Offensive furchtbar gewesen. Wasser und Nahrung wurden knapp oder fehlten ganz, Krankheiten griffen um sich, der Kälte ließ sich infolge der versagenden Infrastruktur nicht ausweichen, und dann, das Schlimmste, die Bomben. Eine große Zahl an Zivilisten ist durch sie umgekommen. Die Angriffswelle zwischen dem 22. September und Mitte Oktober etwa hat laut Angaben des syrischen Violations Documentation Center mindestens 446 Zivilisten das Leben gekostet, darunter 43 Frauen und 91 Kinder; die Angaben

decken sich in etwa mit Schätzungen der Vereinten Nationen. Während der zweiwöchigen Gegenoffensive, die die Aufständischen am 28. Oktober starteten, starben laut Angaben des in London ansässigen, der Opposition nahestehenden Syrian Observatory for Human Rights 96 Zivilisten durch Beschuss der Regierungstruppen. In der letzten Großoffensive der syrischen Streitkräfte und ihrer Verbündeten vom 15. November bis zum 22. Dezember starben – ebenfalls laut dem Syrian Observatory for Human Rights – 442 Zivilisten, darunter 25 Frauen und 47 Kinder.

Scheinen diese Angaben einigermaßen zuverlässig, so ist bei anderem, was zwischen »Vernichtungskrieg«-Phantasien und Sanktionsforderungen in westlichen Medien berichtet wurde, zumindest Skepsis geboten. Das fängt bei den 250.000, zuweilen sogar 300.000 Menschen an, die angeblich im belagerten Ost-Aleppo ausharrten; keine Politiker/innenäußerung, kein Medienbericht kam mit einer niedrigeren Zahl aus. Nach dem Ende der Kämpfe ließen sich rund 35.000 Personen in das von Aufständischen beherrschte Idlib evakuieren, während eine durchaus höhere Zahl das von der Regierung kontrollierte West-Aleppo vorzog; die Uno konstatierte anschließend, dass offenkundig deutlich weniger als 100.000 Menschen im Kampfgebiet gelebt hatten.

Wo kam die ominöse Viertelmillion her? »Aktivisten und Rebellengruppen« hätten die falschen Zahlen verbreitet, redete die »Zeit« sich Ende Dezember heraus. Qualitätsjournalismus besteht offenbar darin, dass man sich seine Fakten von einer Kriegspartei diktieren lässt. Der Journalist Alfred Hakensberger ist Mitte Dezember in der »Welt« denn auch etwas vorsichtiger gewesen – und hat Schilderungen von Aufständischen, denen zufolge Regierungstruppen Massaker verübt hätten, mit dem Hinweis kommentiert, »viele dieser Berichte über begangene Grausamkeiten« hätten sich »bereits als falsch erwiesen«. Als die Vereinten Nationen mitteilten, ihnen lägen – unbewiesene – Berichte über ein Massaker an 82 Zivilisten vor, wurde es sogar Eliot Higgins zuviel. Higgins, Betreiber der Internetplattform »Bellingcat« und seit seinen Veröffentlichungen zum Ukraine-Konflikt nicht gerade als anti-westlicher Agitator bekannt, teilte mit, er habe die Fotos von angeblichen Exekutionen durch Regierungstruppen in Ost-Aleppo gesehen; sie seien entweder alt oder stammten aus anderen Regionen.

Weitet man den Blick von Aleppo auf andere Kampfschauplätze aus, zeigt sich: Qualitativ unterscheidet sich der Kampf um Ost-Aleppo nicht von zahlreichen anderen militärischen Auseinandersetzungen in den jüngeren nah- und mittelöstlichen Kriegen. Zu den berüchtigtsten Beispielen gehören die beiden Schlachten um Fallujah im Jahr 2004. Im April 2004 griffen US-Einheiten die

Stadt an, nachdem vier Blackwater-Söldner in einen Hinterhalt geraten und getötet worden waren; den Operationen fielen laut Zählung des US-amerikanischen Iraq Body Count Project binnen weniger Wochen mindestens 600 Zivilisten zum Opfer. Dabei zählt der Iraq Body Count nur die verlässlich dokumentierten Todesopfer und bleibt unter den tatsächlichen Opferzahlen. Im November und Dezember 2004 gingen US-amerikanische, britische und irakische Truppen erneut gegen aufständische Sunniten in Fallujah vor. Die Zahl der zivilen Opfer ist bis heute nicht klar. Anfang 2005 berichteten Ärzte aus der Stadt der UN-Nachrichtenagentur Irin, in neun von 27 Stadtbezirken seien mehr als 700 Leichen aus den Trümmern zerstörter Häuser geborgen worden, darunter mehr als 550 Frauen und Kinder. Hinzurechnet werden müssten die nicht verschütteten Todesopfer, die allerdings – ungezählt – längst begraben worden seien. Angaben aus den übrigen 18 Stadtbezirken gab es noch nicht.

Schätzungen der Gesamtzahl toter Zivilisten aus den beiden Schlachten um Fallujah beliefen sich entsprechend schon bald auf einige Tausend. Hinzu kam, dass die Stadt weitestgehend zerstört und nach Angaben von Irin faktisch unbewohnbar war. 40 Prozent der Gebäude waren laut Uno erheblich, 20 weitere Prozent schwer beschädigt und die restlichen 40 Prozent vollständig vernichtet; Versorgung mit Wasser, Abwasser und Strom gab's nicht mehr. Medikamente waren ebenfalls nicht ausreichend vorhanden. Die hohe Zahl an zivilen Opfern ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass die US-Streitkräfte Phosphorbomben abwarfen. Zudem hat der Einsatz von Uranmunition durch die US-Streitkräfte offenbar langfristig verheerende Folgen gehabt. Der britische Mediziner Christopher Busby publizierte im Jahr 2010 gemeinsam mit zwei Londoner Kollegen eine Studie, der zufolge Kindersterblichkeit, Missbildungen und Krebshäufigkeit in Fallujah seit 2004 dramatisch zugenommen haben. Leukämie trat laut Busby sogar 38mal häufiger auf als zuvor. Letzteres übertrifft, bilanzierte der britische »Independent«, den Anstieg von Leukämie »unter den Überlebenden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki«.

Natürlich hat es der damaligen Oppositionschefin Merkel nicht öffentlich das Herz gebrochen, als die Vereinigten Staaten Fallujah in Schutt und Asche legten, natürlich hat Röttgen, damals rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, keine Sanktionen gegen die USA gefordert, und »Bild« und Broder haben natürlich nicht »Auschwitz!« gebellt – schließlich war da ein Verbündeter am Werk, kein Rivale. Genauso war es im Mai und Juni 2016, als die dritte Schlacht um Fallujah tobte, diejenige, mit der die Stadt dem IS entrissen wurde. Anfang

2016 hatten irakische Truppen die Versorgungslinien der Terrormiliz abgeschnitten und Fallujah zu belagern begonnen; als Nahrungsmittel und Medikamente immer knapper wurden, geriet die verbliebene Zivilbevölkerung – mutmaßlich 90.000 Menschen – in eine unerträgliche Lage. Bereits seit 2012 seien bei punktuellen Militäroperationen immer wieder Bewohner Fallujahs zu Tode gekommen, mindestens 1.627 Zivilisten durch Angriffe irakischer Truppen, mindestens 78 durch Luftschläge der US-geführten Anti-IS-Koalition, berichtete das Iraq Body Count Project. Luftangriffe auf Krankenhäuser in der Stadt habe es gegeben, klagte Human Rights Watch im April 2016; aufgrund der Belagerung seien inzwischen 140 Hungertote zu verzeichnen. Als am 22. Mai der Sturm auf Fallujah begann, geriet die Zivilbevölkerung endgültig zwischen die Fronten. Wer fliehen konnte, riskierte, von den schiitischen Regierungsmilizen aufgegriffen und in Haftlager verschleppt, vielleicht sogar getötet zu werden; immer wieder wurden solche Racheakte nachgewiesen. Über die Gesamtzahl der zivilen Todesopfer liegen bis heute keine verlässlichen Angaben vor.

Fallujah ist kein Einzelfall gewesen. Die Luftangriffe der US-geführten Anti-IS-Koalition etwa haben immer wieder Zivilisten getroffen. Amnesty International hat exemplarisch elf dieser Luftangriffe untersucht, die zwischen dem 23. September 2014 und dem 28. Juli 2016 in Syrien durchgeführt wurden und bei denen laut Angaben der US-Streitkräfte ein Zivilist tödlich getroffen wurde. Amnesty dokumentierte mehr als 300 zivile Todesopfer. Am 7. Dezember 2015 starben 40 Zivilisten, darunter 19 Kinder, im nordostsyrischen Ayn al Khan durch Bomben der Anti-IS-Koalition, obwohl syrisch-kurdische Kämpfer zuvor auf die Anwesenheit von Zivilisten in dem Ort hingewiesen hatten. Am 19. Juli 2016 fielen mindestens 73 Zivilisten, darunter 27 Kinder, einem Luftangriff der Anti-IS-Koalition auf Al Tukhar unweit Manbijs zum Opfer. Am 28. Juli 2016 starben 28 weitere Zivilisten, als die Anti-IS-Koalition einen Markt in Al Ghandoura bei Manbij bombardierte.

Die US-NGO Airwars führt für den Zeitraum vom 22. September 2014 bis zum August 2016 bei Luftangriffen der Anti-IS-Koalition allein in Syrien mindestens 800 bis 1.200 zivile Todesopfer auf; das Iraq Body Count Project verzeichnet für die Koalitionsbombardements im Irak für die Zeit vom 15. Juni 2014 bis Ende 2015 mindestens 2.312 tote Zivilisten. Auch die bauliche Infrastruktur der umkämpften Städte ist umfassend zerstört worden. Im irakischen Ramadi etwa wurden im Zuge der Vertreibung des IS gut 80 Prozent aller Gebäude in Schutt und Asche gelegt, und zwar in hohem Maß durch alliierte Bombardements. John Ford, ein früherer

Offizier der US-Streitkräfte, der heute als Reservist und Journalist tätig ist, erklärte peinlich berührt, die Schlacht um Ramadi sei »kein Vorbild« für den weiteren Krieg gegen den IS: Die Stadt sei nicht befreit, sondern schlicht zerbombt worden. Die US-Streitkräfte sollten sich doch bemühen, ätzte Ford, bei ihren künftigen Operationen »noch etwas vom Westirak übrigzulassen«.

Fotos aus Ramadi und Fallujah unterscheiden sich in der Tat nicht von den Bildern, die man in westlichen Medien aus dem zerstörten Ost-Aleppo zu sehen bekommt. Dabei ist der Krieg gegen den IS noch nicht zu Ende – und so beginnt es manchen »Zivilisationsbruch«-Fachleuten so langsam zu dämmern, dass da womöglich ein kleines PR-Problemchen droht. Denn schließlich wird Norbert Röttgen nicht, um sein Gesicht zu wahren, Sanktionen auch gegen die Bundeswehr fordern wollen, sollte die Schlacht um Mossul, zu der die Truppe mit ihren Aufklärungstornados, mit ihren Offizieren im US-Luftwaffenhauptquartier in Qatar und mit dem Training für die Peschmerna beiträgt, zu einem Gemetzel à la Fallujah oder Aleppo werden. »Wird Mossul ein zweites Aleppo?«, fragte schon im Oktober prophylaktisch der »Stern« – und begann, sich eine Argumentationsstrategie für den Fall der Fälle zurechtzulegen. Natürlich sei Mossul kein zweites Aleppo, denn schließlich kämpften in Aleppo »russische Truppen an der Seite von Assad«, der »bei den USA und den europäischen Staaten« – bei uns al-so – »in der Kritik« stehe; Gut und Böse seien also klar verteilt. Und dennoch gebe es Parallelen, warnte der »Stern« sein Publikum; sie beträfen »vor allem die Gefahr für die Zivilbevölkerung«.

Derlei Vorsichtsmaßnahmen sind wohl nötig, denn die Rückeroberung Mossuls lässt sich nicht – wie diejenige Ramadis und Fallujahs – mit all ihren zu befürchtenden Brutalitäten in den Randspalten der hinteren Nachrichtenseiten versenken. Ende 2016 war das dank der Konzentration der Berichterstattung auf Aleppo noch möglich. So interessierte sich in der deutschen Medienlandschaft niemand dafür, dass Airwars Anfang November meldete, schon vor dem Beginn der Schlacht um Mossul am 17. Oktober seien in der Stadt mehr als 450 Zivilisten durch Beschuss und Luftangriffe der Anti-IS-Koalition getötet worden.

Mit Beginn der Schlacht nahmen das Bomben und das Sterben zu. Allein für den 7. und den 8. Dezember notierte Airwars 98 zivile Opfer von Luftangriffen der Anti-IS-Koalition bei Mossul und 60 bis 120 zivile Opfer in der irakischen Provinz Anbar. In den ersten acht Januar-Tagen vermerkte Airwars rund 230 zivile Todesopfer bei Angriffen der Anti-IS-Koalition auf Mossul; hinzu kämen vermutlich »viele« weitere, die beim alliierten Beschuss dreier Stadtteile im Osten Mos-

suls unter dem Schutt ihrer Häuser begraben worden seien. Zusätzlich ereilt die Überlebenden das Schicksal, das sämtliche belagerten Städte in Syrien und im Irak teilen: Hunger, Krankheiten und Mangel aller Art breiten sich aus; Zehntausende fliehen unter Lebensgefahr, werden vom IS mit Sprengfallen und Beschuss zurückgetrieben, passieren Checkpoints schiitischer Verbündeter der Anti-IS-Koalition, an denen manche von ihnen spurlos verschwinden, und enden, wenn sie Glück haben, in Lagern mit vollkommen unzulänglicher Infrastruktur.

Wenn sich die Schlachten um Fallujah, Aleppo und Mossul qualitativ nicht unterscheiden – was ist mit dem jeweiligen Kriegsgegner? Verkörpert der IS nicht das Böse schlechthin, während die »Rebellen« Ost-Aleppos, die ja weithin als »Aktivisten«, »Oppositionelle«, »Bürgerjournalisten« und engagierte »Nothelfer« (die mit dem Alternativen Nobelpreis geehrten »White Helmets«) gefeiert wurden, unterstützenswerte Demokraten waren? Rechtfertigt der Terror des IS nicht einen brutalen Krieg, während die russisch-syrische Rückeroberung Ost-Aleppos von den dortigen »Rebellen« ein reaktionäres Unrecht ist? Nun, abgesehen von völkerrechtlichen Grundsatzen – wie kann man bewaffnete Aufständische in fremden Staaten fördern, sich aber gleichzeitig aufregen, dass Russland die eklige rechte Opposition im eigenen Land unterstützt? – also abgesehen davon: Die »Rebellen« Ost-Aleppos waren allenfalls zum kleineren Teil das, was die westliche Propaganda aus ihnen gemacht hat. Vor ihrem anderen, immer stärker werdenden Teil waren mittlerweile sogar westliche Experten.

Wer waren die »Rebellen« in Ost-Aleppo? Nun, gutmütige Opfer sicherlich nicht. Allein vom 22. September bis zum 22. Dezember kamen in West-Aleppo durch ihre Granaten laut Angaben der Uno und des Syrian Observatory for Human Rights mindestens 313 Zivilisten ums Leben. Willkürlichen Beschuss auch von Wohngebieten leisteten sich die »Rebellen« von Anfang an; das Syrian Observatory for Human Rights listete etwa allein für 2014 die Namen von 672 durch »Rebellen«-Beschuss getöteten Zivilisten in West-Aleppo auf. Als die »Rebellen« am 31. Juli 2016 eine Offensive starteten, um den Belagerungsring um Ost-Aleppo zu durchbrechen, nannten sie sie »Ibrahim-Youssef-Offensive«, berichtete im August die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): »Ibrahim Youssef war der Name eines sunnitischen Offiziers, der 1979 gemeinsam mit dem militanten Flügel der Muslimbruderschaft ein Massaker an vornehmlich alawitischen Kadetten in der Aleppiner Kadettenschule anrichtete.« Eine klare Ansage.

Auch die in Ost-Aleppo verbliebenen Zivilisten hatten massiv unter den »Rebellen«

zu leiden. Als Ende Oktober die Vereinten Nationen mitteilten, sie hätten von Damaskus und Moskau die notwendigen Sicherheitsgarantien für einen Fluchtkorridor aus Ost-Aleppo erhalten, protestierte die Free Syrian Army: Bringe man »Menschen aus Aleppo weg«, spiele man nur »dem Regime in die Hände«. Wenig später konnte man im Fernsehen den aufgeregt gestikulierenden ITV-News-Korrespondenten Dan Rivers berichten hören, er habe gerade an einem der Fluchtkorridore gestanden, um zu sehen, ob jemand Ost-Aleppo verlasse – da sei er von »Rebellen« beschossen worden, die den Korridor mit Scharfschützen faktisch dicht gemacht hatten.

Dienten die Zivilisten in Ost-Aleppo als menschliche Schutzschilde? Das Wort, das im Westen – zu Recht – leicht über die Lippen geht, wenn man sich über den IS auslässt, nahm im Fall von Aleppo niemand in den Mund. Die Uno dagegen hat bestätigt, dass Zivilisten in Ost-Aleppo ermordet wurden, weil sie Milizionäre gebeten hatten, die Granaten nicht von ihren Wohngebieten aus ab-

Der Knackpunkt: Russland darf nicht erfolgreich sein

zuschießen und damit Gegenschläge auf Zivilisten zu provozieren.

Im übrigen: Die »Rebellen« – das waren in Aleppo zu einem Gutteil salafistisch-jihadistische Milizen. Die beiden bekanntesten sind Ahrar al Sham und Jabhat al Nusra gewesen, letztere ein unmittelbarer Al-Qaida-Ableger, der sich im Sommer 2016 in Jabhat Fatah al Sham umbenannt hat. Ahrar al Sham wiederum unterscheidet sich ideologisch kaum von Al Qaida, gibt sich aber – mit Erfolg – etwas gemäßigter, um bündnisfähiger zu sein. In der Praxis kooperieren beide; in den Kämpfen gestaltet sich das so, dass Jabhat Fatah al Sham mit Suizidbomben Breschen in die feindlichen Reihen schlägt und Ahrar al Sham nachstößt. Dort, wo die beiden Milizen herrschen, etwa in weiten Teilen des Gouvernements Idlib, errichten sie einen Gottesstaat, der demjenigen des IS sehr ähnelt. Ein gut informierter Bericht des US-Magazins »Foreign Policy« warnte Anfang September, Ahrar al Sham sei ein strategischer Teil des Al-Qaida-Netzwerks, quasi eine Vorfeldorganisation. Nebenbei: In Deutschland stuft die Bundesanwaltschaft Ahrar al Sham als Terrororganisation ein. Gerichte haben das inzwischen bestätigt und mehrere Unterstützer der Organisation zu Haftstrafen verurteilt. Das ist pikant, weil

Außenminister Frank-Walter Steinmeier sich Anfang 2016 noch energisch dafür eingesetzt hat, die Miliz in die Genfer Friedensverhandlungen einzubeziehen. Mit Terroristen verhandeln? Terroristen, gar Al Qaida, immerhin die Organisation, die die Anschläge vom 11. September verantwortet, als »Rebellen« schönreden? Wenn's der eigenen Sache dient ...

Wozu also das Ganze? Immerhin haben Syrien-Experten wie Charles Lister, der für das Washingtoner Middle East Institute arbeitet und überhaupt nichts für Assad übrig hat, schon im Frühjahr 2016 ausdrücklich davor gewarnt, Al Qaida aka Jabhat Fatah al Sham sei dabei, im Gouvernement Idlib ein eigenes Emirat aufzubauen – ganz wie der IS, nur nicht per Okkupation, sondern geschickter, nämlich sozusagen per Graswurzelarbeit, und damit viel stabiler. Es könne kein Zweifel bestehen, schrieb Lister in »Foreign Policy«, dass Al Qaida mittel- bis langfristig plane, von ihrem Emirat aus Terrorschläge gegen Europa zu führen. Dass die Organisation nun durch die Evakuierung der »Rebellen« aus Aleppo nach Idlib den nötigen Nachschub frei Haus geliefert bekommt, ist ein Geschenk für sie.

Noch einmal: Wozu das Ganze? Dankenswerterweise hat Barack Obama dies Anfang Dezember in einer Rede auf der MacDill Air Force Base in Tampa erläutert; dort hat das Centcom seinen Sitz, das die US-Kriegführung in Nah- und Mittelost steuert. »Eine nachhaltige Anti-Terror-Strategie ist davon abhängig, die Bedrohung in die richtige Perspektive zu setzen«, erklärte der US-Präsident: »Die Terroristen von heute können töten, aber sie sind keine existentielle Bedrohung für unsere Nation.« Wer aus Sicht der Obama-Administration die Hauptbedrohung für die Vereinigten Staaten ist, die uneingeschränkt bekämpft werden muss, hat unlängst das Pentagon bestätigt: Russland. Ganz wie in den achtziger Jahren, als der Westen in Afghanistan Jihadisten um Osama Bin Laden unterstützte, um den damaligen Hauptfeind niederzuringen – Moskau.

Russland aber, die Bedrohung Nummer eins, hat gerade einen Riesenerfolg erzielt: Es führt Friedensverhandlungen für Syrien mit der Türkei und dem Iran, ohne die USA, ohne Deutschland, ohne Großbritannien, Frankreich und die EU. Kann es eine Friedensordnung für Syrien durchsetzen, dann wäre die westliche Hegemonie über den Nahen und Mittleren Osten definitiv gebrochen. Ob der Westen das zulassen wird? Einen »Zivilisationsbruch« jedenfalls hängt man niemandem ohne triftigen Grund an. Und die »Rebellen« um Al Qaida drohen inzwischen, den Kampf wiederaufzunehmen. ●

Jörg Kronauer schrieb in **konkret** 1/17 über den Niedergang der ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas